Die Zuständigkeit in Strafsachen.

Vom Landgerichtsrat Schultetus in Rostock (vor Emanation des Entwurfes eines Gesetzes, betr. Änderungen und Ergänzungen des Gerichtsverfassungsgesetzes und der Strafprozeßordnung).

Unter den gesetzgeberischen Fragen der Gegenwart steht diejenige nach der Einführung der Berufung gegen die Urteile der Strafkammern augenblicklich wieder obenan und wird voraussichtlich bereits in nächster Zeit den Reichstag aufs neue beschäftigen.

Bei diesem Stande der Dinge dürfte es angezeigt erscheinen, auch die Zuständigkeitsnormen des Gerichtsverfassungsgesetzes einer Prüfung zu unterziehen. Eine solche wird m. E. auf die Notwendigkeit hinführen, nach manchen Richtungen hin die sachliche Zuständigkeit der Gerichte neu zu regeln, damit aber dem einzuführenden Rechtsmittel ein angemessenes Gebiet sichern. Andererseits hat dieselbe insbesondere auch die materielle Bedeutung der zur Zuständigkeit der Strafkammern stehenden Verbrechen und Vergehen zum Gegenstande und berührt daher die Frage, ob dieselben, nachdem sie das Ermittlungsverfahren, eventuell die Voruntersuchung, die beschließende und endlich die urteilende Strafkammer passiert haben, trotz Revision und Wiederaufnahme des Verfahrens in der That noch eine Nachprüfung auch der Thatfrage durch ein Berufungsgericht erheischen.

Bei der stetig steigenden Zahl der Straffälle droht eine Überlastung der Mittelgerichte, insbesondere durch kleine Strafsachen, welche für den Betrieb derselben gefährlicher erscheint als eventuell die Zuweisung einer größeren Anzahl dieser Sachen an die Schöffengerichte. Daß eine Belastung der Mittelgerichte mit kleinen Straffällen zu vermeiden sei, ist von der Justizkommission des Reichstags wiederholt anerkannt worden, und die inzwischen gemachten

Erfahrungen haben diese Annahme bestätigt. Denn die Bearbeitung der zahlreichen kleinen, meist wenigen Kategorieen angehörigen Strafsachen, welche ihrer Natur nach nicht vor ein aus 5 Richtern zusammengesetztes Richterkollegium gehören, führt bei Richtern und Staatsanwälten zu Überdruß und Ermüdung, welche auf die Behandlung derselben, wie der größern Sachen, nicht ohne schädlichen Einfluß bleiben kann.

Wie der Abgeordnete Klotz — Protokolle der Justiz-Kommission des Reichstages S. 604 — hervorhob, liegt „eine Entlastung der Landgerichte nicht nur im Interesse des Staates, sondern ebenso sehr im Interesse der Angeeschuldigten“. Weiter aber bemerkte der Abgeordnete Becker — Protokolle S. 600 — mit Recht, daß „der große Kraftaufwand, mit welchem das Vorverfahren bei dem Landgerichte nach allen Seiten hin, für Richter, Staatsanwälte, Zeugen und Angeklagte verbunden ist, in großem Mißverhältnis zu den geringern Strafsachen steht“.

Zweifellos haben auch Regierung wie Reichstags-Kommission diesen Erwägungen nach allen Seiten hin gerecht zu werden gestrebt, und ist namentlich in der letztern bei der Regelung der Zuständigkeitsgrenzen mit peinlicher Genauigkeit verfahren. Dabei ist übrigens mehrfach darauf hingewiesen, daß erst die Erfahrung lehren könne, ob die Zuständigkeit richtig bemessen sei, und allseitig

— vgl. auch Motive zum Entwurfe des Gerichtsverfassungsgesetzes S. 97 —

die große Schwierigkeit einer richtigen Kompetenzregulierung anerkannt.

Es scheint nun, als wenn Bedenken meist theoretischer Natur in der Justizkommission dahin geführt haben, einerseits die Zuständigkeit der Schöffengerichte zu sehr zu beschränken und anderseits den Kreis der von den Landgerichten an jene zu überweisenden Sachen zu sehr zu verengen. Obgleich man, „nachdem die Berufung an 5 Richter zugelassen worden“, für die Erweiterung der Kompetenz der Schöffengerichte plaidieren zu können glaubte,

— Reichen sperger, Protokolle der Justizkommission S. 597 —

überwog doch die Rücksicht auf „die dreifache Gliederung des Strafgesetzbuches in Verbrechen, Vergehen und Übertretungen“ und ließ die „gebieterischen Anforderungen des praktischen Bedürfnisses“ (Direktor von Amberg, Protokolle S. 603) zurücktreten.

Während ein Teil der Kommission erwog, „ob das einzelne Reat in seinen thatsächlichen Momenten leicht zu erkennen, ohne Schwierigkeit unter das Strafgesetz zu subsumieren und deshalb den Schöffengerichten zu überweisen sei, — Protokolle S. 205 — wurde anderseits hervorgehoben, daß „die höchste Macht, welche man den Schöffen einräumen könnte, eine Freiheitsentziehung bis zu drei Monaten sei“. So ist trotz des Beschlusses der Kommission: — Protokolle S. 193 — „das System der Zuständigkeitsfeststellung sei nach einzelnen Delikten, nicht nach der Strafhöhe zu regeln“ und trotz der mannigfachsten Durchbrechungen des im § 14 Nr. 2 der Regierungsvorlage (§ 27 Nr. 2 des Gesetzes) aufgestellten Prinzips die Festsetzung der Normen über die Zuständigkeit in engem Anschluß an die Dreiteilung der Delikte geschehen. Dadurch aber hat man eine m. E. zu große Beschränkung der schöffengerichtlichen Zuständigkeit herbeigeführt.

Demgegenüber wird jetzt nach gemachten Erfahrungen die in der Justizkommission vorbehaltene — vgl. Protokolle S. 710 — Erweiterung der schöffengerichtlichen Zuständigkeit ins Auge zu fassen sein.

Gleichzeitig aber wird man zu erwägen haben, ob die Erfahrung nicht auch eine Beschränkung der schwurgerichtlichen und damit eine Erweiterung der landgerichtlichen Zuständigkeit, sei es mit, sei es ohne Korrektionalisierung, geboten erscheinen läßt.

Anlangend zunächst die schöffengerichtliche Zuständigkeit, so wird jetzt allseitig anerkannt werden, daß die im § 27 des Gerichtsverfassungsgesetzes unter 4—7 für die dort genannten Eigentumsvergehen nach der Höhe des verursachten Schadens gezogene Grenze eine zu enge ist. Wollte man, obgleich das St.G.B. eine Abstufung der Eigentumsdelikte nach der Höhe des verursachten Schadens nicht kennt, die Zuständigkeit für diese Delikte doch nach derselben festsetzen, so dürfte man derselben unbedenklich mit dem Abgeordneten Krämer — Protokolle S. 323 — den doppelten Betrag der vorbezeichneten Schadenssumme zu Grunde legen.

Die Erfahrung hat inzwischen gelehrt, daß die gegen die Übertragung von Eigentumsdelikten auf die Schöffengerichte erhobenen Bedenken unbegründet sind und bestätigt, daß gerade diese Delikte zu den in thatsächlicher und rechtlicher Beziehung einfachsten gehören. Ist dies aber der Fall, so wird man ohne Bedenken die

Zuständigkeit der Schöffengerichte für jene Delikte bis auf eine Schadenssumme von wenigstens 100 Mk. erweitern dürfen (s. jetzt § 27 Nr. 8—10 und 13 des Eingangs gedachten Entwurfs).

Nach langjährigen Erfahrungen, welche Verfasser als Staatsanwalt zu machen Gelegenheit gehabt hat, sind es verschwindend wenige Fälle jener Eigentumsdelikte, welche so schwer liegen, daß bei einem Schaden des angegebenen Betrages eine höhere als eine 3monatige Gefängnisstrafe zu erwarten stände. Es wird vielmehr die Zahl derjenigen Fälle, in welchen trotz einer weit höhern Schadenssumme die Zulässigkeit der Überweisung an das Schöffengericht unzweifelhaft ist, eine große sein. Man kann es deshalb gegenüber dem zu machenden großen Gewinn an Zeit und Geld darauf ankommen lassen, daß nach Beseitigung der Kautel des § 16 a des Kommissionsentwurfes erster Lesung das Schöffengericht in einigen Fällen auf eine höhere als eine 3monatige Gefängnisstrafe zu erkennen haben wird.

Weiter kommen diejenigen Delikte in Frage, für welche, unter Zulassung der Überweisung an die Schöffengerichte in den meisten Fällen, die Zuständigkeit der Strafkammern trotz der mannigfachen Einwendungen festgesetzt worden ist. Es sind dies die §§ 134 (Abreißen usw. öffentlicher Bekanntmachungen usw. von Behörden; Geldstrafe bis zu 300 Mk. oder Gefängnis bis zu 6 Monaten), 136 (Erbrechen usw. amtlich angelegter Siegel; Gefängnis bis zu 6 Monaten), 240 (Nötigung; Gefängnis bis zu 1 Jahr oder Geldstrafe bis zu 600 Mk.), 241 (Bedrohung mit der Begehung eines Verbrechens; Gefängnis bis zu 6 Monaten oder Geldstrafe bis zu 300 Mk.), (s. jetzt § 27 Nr. 7 des Entwurfs) 285 (Gestattung von Glücksspielen; Geldstrafe bis zu 1500 Mk.), 286 (Veranstaltung öffentlicher Lotterien ohne obrigkeitliche Erlaubnis; Gefängnis bis zu 2 Jahren oder Geldstrafe bis zu 3000 Mk.), 291 (widerrechtliche Zueignung verschossener Munition; Gefängnis bis zu 1 Jahr oder Geldstrafe bis zu 900 Mk.), 293 (unberechtigtes Jagden mit Schlingen, Netzen usw.; Geldstrafe bis zu 600 Mk., Gefängnis bis zu 6 Monaten), 296 (unberechtigtes Fischen zur Nachtzeit; Strafe wie vorher) (zu §§ 291, 293, 296 St.G.B. s. jetzt Entwurf § 27 Nr. 11 u. 12).

Hinsichtlich aller dieser Delikte hat sich die Justizkommission des Reichstags resp. die von derselben niedergesetzte Subkommission für die Überweisung an die Schöffengerichte ausgesprochen.

Es wird auch in den Kreisen der Praktiker kaum noch einem Zweifel begegnen, wenn behauptet wird, daß die Voraussetzung, von welcher jene Kommissionen bei ihren Beschlüssen ausgingen, leichte Gestaltung jener Delikte in thatsächlicher und rechtlicher Beziehung, von der Erfahrung für die weitaus meisten Fälle bestätigt ist, und daß das Durchschnittsmaß der seit Emanation des St.G.B. wegen derselben erkannten Strafen ein so niedriges gewesen ist, daß dasselbe deutlich auf die schöffengerichtliche Zuständigkeit hinweist.

Der gesetzliche Thatbestand der meisten jener Delikte ist ein leichter, und nur in sehr seltenen Fällen wird eine Verurteilung zu einer höhern Strafe als der im § 27 Nr. 2 des Gerichtsverfassungsgesetzes festgesetzten zu erwarten sein. Selbst wo, wie etwa im Falle des § 240 des St.G.B. — Nötigung —, der Thatbestand des Vergehens an sich nicht leicht ist, sind erfahrungsmäßig die Erscheinungsformen des Delikts meist so leichte, daß nur geringfügige Strafen erkannt werden können. Wie viele kleine Nötigungen, durch welche bei kaum ernstlicher, jedenfalls aber ungefährlicher Bedrohung der Thäter eine für ihn fast belanglose Handlung oder Unterlassung erstrebte! Dazu die Nötigungsversuche ähnlicher Art, welche schon dem Gesetze nach auf noch niedrigerer Stufe der Strafbarkeit stehen. Während seiner Thätigkeit bei Gerichten und Staatsanwaltschaften ist dem Verfasser nur ein einziger schwererer Fall von Nötigung bekannt geworden. In diesem wurde wegen Verletzung der Sittlichkeit auf mehrmonatiges Gefängnis erkannt. Sonst regelmäßig sehr niedrige Geld- oder Gefängnisstrafen. Und an solchen Nötigungen und Nötigungsversuchen scheitert in den vielen Fällen, in welchen dieselben mit zu überweisenden Sachen konkurrieren, die Überweisung, da nicht einmal diese bei ihnen zulässig ist. Hier ist im Interesse der Strafkammern Wandel geboten und mindestens die Zulassung der Überweisung auszusprechen.

Aber selbst wenn für die sämtlichen in Rede stehenden Delikte die Überweisung zugelassen würde, die landgerichtliche Kompetenz aber aufrecht erhalten bliebe, würde der zwecks ihrer Aburteilung in Bewegung zu setzende Apparat im Mißverhältnis zu ihrer Bedeutung stehen. Dieser erscheint es vielmehr entsprechend, sie einfach der schöffengerichtlichen Zuständigkeit zu überweisen.

Anlangend insbesondere das Vergehen aus § 286 des St.G.B., so ist anzuerkennen, daß die Beurteilung des Thatbestandes in that-

sächlicher, namentlich aber in rechtlicher Beziehung Schwierigkeiten bieten kann. Es mag auch hervorgehoben werden, daß das Vergehen häufig mit einer Zuwiderhandlung gegen das Reichsgesetz, betreffend die Erhebung von Reichsstempelabgaben vom 1. Juli 1881 und die Novelle vom 29. Mai 1885 konkurriert. Wenn sich die Majorität der Kommission aber trotz nicht zu verkennender Bedenken für die schöffengerichtliche Zuständigkeit erklärt hat, so wird dies im Hinblick auf die große Unbedeutendheit der bei weitem meisten Fälle des Delikts geschehen sein. Die Erfahrung aber hat diese Annahme durchaus bestätigt. Die Auspielung einzelner von kleinen Handwerkern angefertigten Mobilien, deren Absatz auf diese Weise herbeigeführt werden soll, von Ez- und andern geringwertigen Waren in Glücksbuden, höchstens einmal der Verkauf von Lospapieren und dergleichen (s. die Beispiele bei Daude, St.G.B. § 286 Note 80 Abs. 5 und Note 83) sind die regelmäßigen Repräsentanten des § 286. Ein großer Teil dieser Unternehmungen wird schon um deswillen selten einen größeren Umfang annehmen, weil dieselben wegen der kaum vermeidlichen Öffentlichkeit zu sehr der Gefahr der Entdeckung ausgesetzt sind.

Anlangend aber die Konkurrenz des Vergehens mit Zuwiderhandlungen gegen die Reichsstempelgesetze, so ist dieselbe regelmäßig eine sogenannte Idealkonkurrenz, bei welcher die Strafe allein aus § 286 des St.G.B. zu bestimmen ist. Eventuell aber würde gemäß § 33 Abs. 2 des R.G. vom 29. Mai 1885 meistens wohl nur eine Ordnungsstrafe von 3—30 Mk. zu erkennen sein.

Im übrigen bedarf es nach dem Ausgeführten kaum des ausdrücklichen Hinweises darauf, daß für das Vergehen aus § 286 des St.G.B. jedenfalls die Überweisung zuzulassen wäre.

Außer den besprochenen findet sich im St.G.B. eine Anzahl von Delikten, hinsichtlich derer die Festsetzung der schöffengerichtlichen Zuständigkeit gleichfalls in Frage kommen könnte. Dahin gehören die Fälle der §§ 123 Abs. 2 (bewaffneter und gemeinschaftlicher Hausfriedensbruch; Gefängnis von einer Woche bis zu einem Jahr), (vgl. Entwurf § 27 Nr. 3), 137 (Verstrickungsbruch; Gefängnis bis zu einem Jahr), 290 (unbefugtes Ingebrauchnehmen verpfändeter Gegenstände durch öffentliche Pfandleiher; Gefängnis bis zu einem Jahr, daneben — fakultativ — Geldstrafe bis zu 900 Mk.), 298 (Entlaufen mit der Feuer; Gefängnis bis zu einem Jahr), (Entwurf § 27 Nr. 11), 303 (Sachbeschädigung; Geldstrafe

bis zu 1000 Mk. oder Gefängnis bis zu 2 Jahren) auch im Fall eines Schadens von über 25 Mk., (Entwurf § 27 Nr. 11 und 13).

Die §§ 137, 290, 303 hatte die Subkommission der Justizkommission gemäß dem Antrage des Abgeordneten Becker und Genossen in erster Lesung der schöffengerichtlichen Zuständigkeit überwiesen und hinsichtlich des § 123 Abs. 3 aus eigener Initiative daselbe gethan. Die Justizkommission hat die Kompetenz der Strafkammer für diese Vergehen wiederhergestellt.

Auch hier soll das Gewicht der Gründe, welche für diese Wiederherstellung geltend gemacht sind, nicht verkannt werden. Aber auch hier muß anderseits auf die Erfahrung hingewiesen werden, daß verhältnismäßig wenig Fälle der fraglichen Vergehen einen schwerern Charakter haben. Selbst der qualifizierte Hausfriedensbruch, dessen Aufnahme unter die der schöffengerichtlichen Zuständigkeit zu überweisenden Vergehen die Subkommission der Justizkommission in zweiter Lesung einstimmig, die Kommission selbst mit Stimmenmehrheit abgelehnt hat, — Protokolle S. 709 und 711 — kann als ein so „kompliziertes“ Vergehen nicht angesehen werden, daß für dasselbe als Regel die Kompetenz der Strafkammer festzuhalten wäre. Die Qualifikationsmomente der Bewaffnung und der Gemeinschaftlichkeit stellen sich sehr häufig nicht als so schwerwiegende dar, daß der Thatbestand des Vergehens sich dadurch erheblich vor demjenigen des einfachen Hausfriedensbruches auszeichnete. Oft sind es Stöcke oder ähnliche, hinsichtlich ihrer Gefährlichkeit zweifelhafte Werkzeuge, die den Hausfriedensbruch zu einem bewaffneten machen. Das Qualifikationsmoment der Gemeinschaftlichkeit aber wird nicht selten durch einige wenige Personen hergestellt, bei deren Zusammenführung der Zufall eine mehr oder minder bedeutende Rolle gespielt hat.

Wie man aber auch über die regelmäßige Zuständigkeit für die fraglichen Delikte denken mag, die Überweisungsfähigkeit wird man keinem derselben absprechen dürfen und deshalb auch dem § 290 (Ingebrauchnahme verpfändeter Sachen durch Pfandleiher) zusprechen müssen.

Warum gerade dieses Vergehen von der Überweisung ausgeschlossen ist, obgleich dasselbe, wie man meinen sollte, seinem Thatbestande nach besonders für dieselbe geeignet erscheint und — Protokolle S. 709 — noch in zweiter Lesung von der Subkommission für die schöffengerichtliche Zuständigkeit geeignet befunden

war, ist nicht erkennbar. Man müßte demselben denn wegen der zum Thatbestande gehörigen Öffentlichkeit des Pfandleihgewerbes den Charakter einer gewissen Gemeingefährlichkeit beilegen wollen.

Endlich sind einige Delikte hervorzuheben, für welche die schöffengerichtliche Zuständigkeit als Regel zwar mit Recht ausgeschlossen ist, welche m. E. aber als für die Überweisung geeignet anzusehen sind. Es sind dies die Vergehen der §§ 266 Nr. 2, 331 und 347 Abs. 2., (vgl. dagegen Entwurf § 75 Nr. 11).

Ist man bei den Bestimmungen über die Überweisung mit Recht nicht sowohl von einem bestimmten Principe als von einer Schätzung der einzelnen Delikte ausgegangen, so wird dieser Grundsatz und eine richtige Würdigung ihrer strafrechtlichen Bedeutung auch bei diesen Vergehen die Zulassung der Überweisung angemessen erscheinen lassen.

Die Ziffer 2 des § 266 des St.G.B. ist allmählich für Staatsanwaltschaften und Gerichte zu einer *crux* geworden.

Seitdem der Begriff des „Bevollmächtigten“ mehr und mehr erweitert worden ist, hat sich die Zahl der unter den cit. § 266 fallenden und deshalb von den Strafkammern abzuurteilenden kleinen Unterschlagungen, welche von oft sehr zweifelhaften Bevollmächtigten verübt sind, stetig vermehrt. Kellner, Lehrlinge und Handlungsreise usw., welche die unbedeutendsten Unterschlagungen verübt haben, müssen wegen ihrer fragwürdigen Bevollmächtigtenqualität vor die Strafkammer.

Wenn aber aus den statistischen Übersichten zusammengestellt würde, welche Strafen seit Emanation des Strafgesetzbuches wegen des in Rede stehenden Vergehens erkannt worden sind, so würden sich hoher Wahrscheinlichkeit nach verhältnismäßig sehr unbedeutende Strafen ergeben.

In den §§ 331 und 347 Abs. 2 des Strafgesetzbuchs handelt es sich zwar um Vergehen im Amte, aber um solche, welche im Höchstmaße mit Geldstrafe bis zu 300 Mk. oder Gefängnis bis zu 6 Monaten resp. mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder Geldstrafe bis zu 600 Mk. bedroht sind.

Der § 55 Nr. 13 der Regierungsvorlage ließ für beide Vergehen die Überweisung zu. Die Justiz-Kommission, in Übereinstimmung mit ihrer Subkommission, hat dieselbe in Wegfall gebracht. Aber auch hinsichtlich dieser Strafbestimmungen sprechen die vom Gesetz angedrohten niedrigen Strafen, die Einfachheit der

faktischen und rechtlichen Lage in den weitaus meisten Fällen und die erfahrungsmäßig erkannten niedrigen Strafen für die Überweisung.

Anlangend den § 347 Abs. 2, so mag bemerkt werden, daß das Großherzoglich Mecklenburg-Schwerinsche Justizministerium bereits vor Jahren den Staatsanwaltschaften die Weisung erteilt hat, in leichtern Fällen vor Erhebung der Anklage aus dieser Strafbestimmung die Akten dem Ministerio vorzulegen. Den Grund dieser Anordnung wird man in der Erfahrung suchen dürfen, daß sehr viele unter jene Bestimmung fallende Verfehlungen so unbedeutender Natur sind, daß sie geeigneter für ein disziplinares als für ein kriminelles Verfahren erscheinen und dieses ohne Bedenken niedergeschlagen werden kann.

Ähnlich so leicht sind viele Fälle des § 331 gelagert.

Es kann nicht meine Absicht sein, ein erschöpfendes Verzeichnis derjenigen Vergehen aufzustellen, für welche die Festsetzung der schöffengerichtlichen Zuständigkeit beziehungsweise die Zulassung der Überweisung in Frage kommen kann. Je nach dem Standpunkte, den man zu der Bedeutung der in Betracht kommenden Delikte einnimmt, würde ein solches entweder als lückenhaft oder als zu viel umfassend erscheinen.

Wie verschieden der Standpunkt in dieser Beziehung ist, beweist, um nur eins hervorzuheben, der Umstand, daß bei einem so schwer wiegenden Vergehen wie dem Ehebruch (§ 172 des Strafgesetzbuchs) die Überweisung zugelassen ist. So wenig zweifelhaft es m. E. sein kann, daß dieselbe zu beseitigen ist, so unbedenklich erscheint dieselbe für manche der vorausgeführten Vergehen, deren strafrechtliche Bedeutung entfernt nicht an diejenige des Ehebruchs heranreicht. — Wünschenswert aber erschien es, die Aufmerksamkeit der maßgebenden Faktoren auf die Abänderungsbedürftigkeit der Zuständigkeitsnormen hinzulenken.

Eine Änderung derselben würde m. E. vorzugsweise in der Erweiterung der schöffengerichtlichen Kompetenz und des Kreises der zu überweisenden Vergehen zu suchen sein.

In ersterer Beziehung dürfte insbesondere eine erhebliche Erweiterung der im § 27 Nr. 2 G.V.G. gezogenen Grenze, etwa bis zu 6 Monaten Gefängnis oder Geldstrafe bis zu 1500 Mk., zu erstreben sein. Nach den inzwischen gemachten Erfahrungen ist kaum zu fürchten, daß ein solcher Vorschlag erheblichem Widerspruch

begegnen wird, wie er ihn bei der Beratung des Gerichtsverfassungsgesetzes zweifellos hervorgerufen haben würde (vgl. aber § 27 Nr. 2. des Entwurfes). Denn thatsächlich ist es längst dahin gekommen, daß den Schöffengerichten viele Strafsachen überwiesen werden, in denen dieselben zweifellos auf eine sehr viel höhere als eine dreimonatige Gefängnisstrafe zu erkennen haben.

— Vgl. Bernald, Zur Reform in schöffengerichtlichen Strafsachen in Z 101 ff. —

Nach glaubwürdigen Mitteilungen trägt eines der größten Landgerichte kein Bedenken, in allen Fällen, in welchen „nach den Umständen des Falles“ eine Gefängnisstrafe von nicht über zwei Jahren zu erwarten ist, die Überweisung auszusprechen. Diese Lage der Dinge weist darauf hin, daß es, um Ausbreitungen der Praxis zu begegnen, wünschenswert ist, auf dem Wege der Gesetzgebung die von dem Gerichtsverfassungsgesetze gezogenen Grenzen zu erweitern.

Anlangend die Überweisung, so würde es mir, entsprechend der vorgeschlagenen Erweiterung der schöffengerichtlichen Kompetenz, angemessen erscheinen, dieselbe bei denjenigen Vergehen zuzulassen, welche mit Gefängnisstrafe von höchstens 1 Jahr oder Geldstrafe von höchstens 3000 Mk. bedroht sind, eine Überweisung weiterer einzelner Fälle vorbehalten (vgl. aber Entwurf § 75 Nr. 11).

Dabei wäre zu erwägen, ob die schöffengerichtliche Strafbefugnis auf ein bestimmtes Maß, etwa 6 Monate Gefängnis oder Geldstrafe bis zu 1500 Mk., zu beschränken und eventuell die Verpflichtung des Gerichts zur Zurückweisung an die Strafkammer auszusprechen sei.

— Vgl. Bernald a. D. S. 104. —

Bei einer dementsprechenden Ausgleichung der Zuständigkeitsnormen für Strafkammern und Schöffengerichte ist zu erhoffen, daß sowohl die von jenen als die von diesen abzuurteilenden Strafsachen besser zu ihrem Rechte kommen als bisher, insbesondere einer der wesentlichsten Zwecke der Strafjustiz, schnelle Aburteilung der Straftaten, gefördert werde.

Es ist auch mit Grund nicht zu fürchten, daß die den Schöffengerichten weiter zuzuweisenden Strafsachen durch das vor denselben stattfindende kürzere Verfahren in ihrer Behandlung beeinträchtigt werden. Denn es ist allmählich wohl die Überzeugung durchgedrungen, daß die im Interesse der Angeklagten für das Verfahren

vor den Strafkammern eingeführten Sicherungsmaßregeln — § 199! (vgl. aber Entwurf § 199) — in mannigfachen Beziehungen über das Ziel hinauschießen. Die hier in Frage stehenden leichtern Straffälle können jene Rautelen ohne Schmälerung ihrer Bedeutung sehr wohl entbehren, und würden in ihrer größern Zahl selbst für ein noch einfacheres schöffengerichtliches Verfahren als das jetzige geeignet sein.

— Vgl. Lemaal a. D. —

Wie eine Erweiterung der schöffengerichtlichen Kompetenz, so empfiehlt sich anderseits eine Beschränkung der schwurgerichtlichen und damit eine Erweiterung der Zuständigkeit der Strafkammern. Wenn man dafür eintritt, so bekundet dies keineswegs prinzipielle Gegnerschaft gegen das Institut der Geschwornen. Man darf vielmehr mit dem Justizminister Leonhardt (2. Beratung im Plenum) davon ausgehen, daß dem Gesetz gegenüber „die Berufsrichter und die Geschwornen in gleicher Weise zum Richteramt berufen und befähigt sind“. Die Anerkennung dieses Satzes darf aber nicht zu einer Überschreitung der der schwurgerichtlichen Kompetenz naturgemäß gesteckten Grenzen führen. Die Schwurgerichte sind für die Aburteilung der schwersten Verbrechensfälle bestimmt und können ihrer ganzen Organisation nach füglich auch nur dafür bestimmt sein. Es dürfen ihnen deshalb keine Verbrechen zugewiesen werden, welche entweder ihrer Natur nach überhaupt nicht oder doch nach ihrer Gestaltung im Einzelfalle nicht dahin zu rechnen sind.

Von diesem Standpunkte aus ist es als eine wesentliche Verbesserung des Regierungsentwurfes anzusehen, daß nach Beseitigung des § 60 der Regierungsvorlage die Verbrechen der §§ 176 Nr. 3, 243, 244, 260, 261, 264 des Strafgesetzbuches von der schwurgerichtlichen Kompetenz ausgeschlossen sind. Es giebt aber außer diesen eine Reihe von Verbrechen, welche ihrer Natur nach oder gemäß der Beschaffenheit der überwiegenden Zahl ihrer Erscheinungsformen dem Schwurgerichte entweder überhaupt nicht überwiesen oder durch Beibehaltung der Korrekionalisierung für leichtere Fälle hätten entzogen werden sollen.

Dahin gehört in erster Linie der § 118 des Strafgesetzbuches. Es ist zuzugeben, daß manche Fälle dieses Verbrechens so schwere sind, daß ihre Aburteilung durch das Schwurgericht angemessen ist. Die überwiegend meisten Fälle aber sind erfahrungsmäßig

leicht und ihre Aburteilung durch jenes Gericht erscheint jedenfalls entbehrlich.

Die Körperverletzungen, welche das Verbrechen zu einem schweren stempeln, sind oft so unbedeutende, mannigfach durch das Auftreten der Forstbeamten mitveranlaßt und vielfach von den Forstfrevlern usw. in der ersten Erregung bei ihrer Ergreifung verursacht, daß die bei Zubilligung mildernder Umstände zu erkennende Strafe das angedrohte Strafminimum meist nicht erheblich überschreiten wird.

Will man sich daher nicht entschließen, den § 118 überhaupt den Strafkammern zuzuweisen, so wäre m. E. doch — unter Wiederherstellung des § 60 Absatz 1 der Regierungsvorlage — die Überweisung an die Strafkammer für zulässig zu erklären.

Ähnlich steht es mit dem § 249 des Strafgesetzbuches (Raub) (jetzt Entwurf § 199).

Hier, wie beim § 118, weist die Zulassung mildernder Umstände und das bei Zubilligung derselben angedrohte Strafmaß darauf hin, daß Fälle leichter Art vorgesehen sind, welche die Erkennung niedrigerer Strafen notwendig machen. — Die Erfahrung hat diese Annahme bestätigt.

Die Dehnbarkeit des Begriffes der „Gewalt“ ist die Ursache, daß viele Fälle gewaltsamer Wegnahme als Raub erscheinen, welche von der Grundform dieses Verbrechens („Entwendung durch Gewaltthätigkeit an der Person des Besitzers der Sache“) ziemlich weit entfernt sind. Die Gewalt ist oft eine so unerhebliche, daß die Gefahr droht, daß Geschworne auch da, wo eine solche im Rechtsinne vorliegt, wegen dieser ihrer Unerheblichkeit freisprechen werden. — Man denke weiter an die Fälle, in welchen jemand, um sich für eine Forderung bezahlt zu machen, seinem Schuldner gewaltsam eine Sache wegnimmt, Fälle, welche nach der subjektiven Seite sehr leicht zu liegen pflegen u. a. m., um sich zu überzeugen, daß der Raub in vielen seiner Erscheinungsformen nicht vor das Schwurgericht gehört.

Die Fälle des § 351 (s. jetzt Entwurf § 73 Nr. 10) des Strafgesetzbuches (unrichtige Führung von Rechnungen, Registern usw. zur Verdeckung von Unterschlagungen durch Beamte) sind erfahrungsmäßig von außerordentlich verschiedener Bedeutung. Neben den kompliziertesten, lange fortgesetzten Verfälschungen von Büchern und Registern und großen Unterschlagungen stehen einmalige Fäl-

fälschungen von Personenzetteln, Kontrollisten usw., zur Verdeckung geringfügiger Unterschlagungen, verübt von Postilloncn, Landbriefträgern usw. Fälle der letztern Art, für welche mildernde Umstände und ein Strafminimum von 6 Monaten Gefängnis zugelassen sind, entsprechen wiederum nicht der Bedeutung des Schwurgerichts. Noch ein anderer Grund aber als die nicht erhebliche Bedeutung vieler Fälle des § 351 weist darauf hin, dieselben der Zuständigkeit des Schwurgerichts ganz oder durch die Korrektionalisierung teilweise zu entziehen. Das ist die Schwierigkeit der tatsächlichen und rechtlichen Beurteilung derselben. Denn die Beweisführung dreht sich in denselben oft um schwer erkennbare, erst durch die Vergleichung von Büchern, Registern usw. herauszustellende Verfälschungen, und nicht selten wird in denselben mit einem umfangreichen urkundlichen Material operiert. Andererseits liegt auf der Hand, daß die richtige Erfassung des Begriffes der

„zur Eintragung oder Kontrolle der Einnahmen oder Ausgaben bestimmten Rechnungen“ usw.

in manchen Fällen eine juristische Schulung erfordert, wie sie von Geschwornen weder vorausgesetzt noch gefordert werden kann.

Bei der Beantwortung der in Betracht kommenden Fragen werden die Geschwornen daher mehr noch als sonst auf die ihnen von dem Vorsitzenden des Gerichts und dem Staatsanwalt zu teil werdende Belehrung angewiesen sein und leicht auf ein selbständiges Urteil verzichten. Daraus aber ergibt sich eine die Selbständigkeit des Gerichts gefährdende Verschiebung der Rollen. Die hierin liegende Gefahr ist gewiß größer als die Inkonvenienz, daß ein Verbrechen, welches nach der Höhe der angedrohten Strafe eigentlich vor die Geschwornen gehört, entweder ganz oder in geeigneten Fällen den Strafkammern zugewiesen wird.

Dies als richtig zugegeben, wird man ohne große Bedenken auch die Verbrechen der §§ 209 und 212 der Konkursordnung (betrügerischer Bankrott resp. Begünstigung eines solchen) der schwurgerichtlichen Kompetenz ganz oder teilweise entziehen dürfen (s. jetzt Entwurf § 73 Nr. 11).

Der prophylaktische Wert der Zuständigkeit des Schwurgerichts für diese Verbrechen ist nicht so groß als das Interesse an einer gründlichen und gerechten Aburteilung derselben. Hierfür bieten aber auch in diesem Falle die Strafkammern die größere Garantie.

Denn fast sämtliche Fälle der §§ 209, 212 der Konkurs-Ordnung erfordern eine umfangreiche Beweiserhebung durch Urkunden, Geschäftsbücher usw., welcher die Geschwornen selbst bei der größten Aufmerksamkeit nur teilweise zu folgen imstande sein werden, und deren Ergebnis richtig zu beurteilen sie daher vielfach nicht in der Lage sind. Dazu kommen Schwierigkeiten rechtlicher Art, welche nicht selten rechtsgelehrten Richtern zu schaffen machen. Ob „Zahlungseinstellung“ vorliegt, was unter der „Absicht, die Gläubiger zu benachteiligen“, was unter der „Aufstellung eines erdichteten Rechtsgeschäfts“ zu verstehen ist und dergl. mehr, sind Fragen, welche einigermaßen selbständig zu beantworten den Geschwornen oft kaum möglich sein wird. Beweiserhebung, Plaidoyers und Rechtsbelehrung nehmen in solchen Fällen die kostspielige Zeit des Schwurgerichts in außergewöhnlichem Maße in Anspruch, ohne vielfach zu dem erstrebten Ziele, der Gewinnung eines sichern Urteils auf Seiten der Geschwornen, zu führen.

Im Interesse der Selbständigkeit und des Ansehens der Justiz ist daher eine Ausbeseidung solcher und ähnlicher Fälle von der schwurgerichtlichen Kompetenz und die Zumeisung derselben an die Strafkammern wünschenswert. Ob dies allgemein oder im Wege der Korrektionalisierung geschieht, ist nicht von wesentlicher Bedeutung.

Werden die Strafkammern in der vorgeschriebenen Art von kleinern Strassachen entlastet und dadurch in den Stand gesetzt, sich den größern mit ganzer Kraft zu widmen, so erscheinen sie nach allen Richtungen hin zur Aburteilung der hervorgehobenen Verbrechen geeigneter als die Schwurgerichte, welche, von anderm abgesehen, dabei zu sehr auf das technisch-juristische Gebiet geführt werden und dort leicht verirren können.

Mögen nun die auf die Einführung der Berufung gegen die Urteile der Strafkammern gerichteten Bestrebungen Erfolg haben oder nicht, eine sachgemäßere Abgrenzung der sachlichen Zuständigkeit der Gerichte wird in jedem Falle erstrebenswert, in ersterm aber angemessen mit der Einführung des neuen Rechtsmittels zu verbinden sein.